Oberlandesgericht Celle

22 W 112/05

28 T 155/05 Landgericht Hannover

EINGANG

19. Jan. 2006

Rechtsanwalt
Lerche, Sch. 100, 30634 Hannover, Fahibusch

B e s c h l u s s

In der Abschiebehaftsache

des armen [REDACTED] Staatsangehörigen

[REDACTED]
geboren am [REDACTED]

Betroffener und Beschwerdeführer,

Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt Fahibusch aus Hannover,

Beteiligt:

Zentrale Ausländer- und Aufnahmebehörde Oldenburg, Außenstelle Bramsche,

hat der 22. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Celle auf die weitere sofortige Beschwerde des Betroffenen vom 2. Dezember 2005 gegen den Beschluss der Zivilkammer 28 des Landgerichts Hannover vom 14. November 2005 durch den Vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht Dr. Siolek, die Richterin am Oberlandesgericht van Hove und den Richter am Oberlandesgericht Dr. Gittermann am **13. Januar 2006** beschlossen:

Der Beschluss des Landgerichts Hannover vom 14. November 2005 wird aufgehoben.

Die Sache wird zu neuer Entscheidung über die sofortige Beschwerde des Betroffenen sowie über die Kosten der weiteren sofortigen Beschwerde an das Landgericht Hannover zurückverwiesen.

Der Beschwerdewert wird auf 3.000,- Euro festgesetzt.

Gründe:

1. Der - am 21. November 2005 abgeschobene - Betroffene wendet sich mit seiner weiteren sofortigen Beschwerde vom 2. Dezember 2005 gegen einen Beschluss des Landgerichts Hannover vom 21. Oktober 2005, mit dem die gegen den Beschluss des Amtsgerichts Hannover vom 14. Juli 2005 und auf Feststellung gerichtete sofortige Beschwerde des Betroffenen vom 3. November 2005 als verspätet verworfen worden war. Mit Beschluss vom 14. Juli 2005 hatte das Amtsgericht gem. § 11 FreiHEntzG die einstweilige Freiheitsentziehung des Betroffenen für die Dauer von zwei Tagen angeordnet. Der Betroffene rügt im Rahmen der vorliegenden weiteren sofortigen Beschwerde, der Beschluss vom 14. Juli 2004 sei ihm niemals bekannt gemacht worden, weshalb die Frist aus § 22 Abs. 1 FGG nicht in Gang gesetzt worden sei.
2. Die weitere sofortige Beschwerde des Betroffenen ist zulässig und hat auch in der Sache zumindest einstweilen Erfolg.

Das Verfahren der weiteren sofortigen Beschwerde nach § 27 FGG ist ein Rechtsbeschwerdeverfahren und somit revisionsähnlich ausgestaltet (Keidel/Kuntze/Winkler, 15. Aufl., § 27 Rn. 1). Das Gericht der weiteren sofortigen Beschwerde ist daher grundsätzlich an die vom Beschwerdegericht getroffenen Feststellungen gebunden und in seiner Prüfung hierauf beschränkt. Hierneben können nur offenkundige oder ohne weitere Ermittlungen unstreitig feststehende Tatsachen ausnahmsweise Berücksichtigung finden (a.a.O., Rn. 45). Dies gilt grundsätzlich auch für sog. Prozessentscheidungen, mit denen wie vorliegend ein Rechtsmittel als unzulässig verworfen wurde.

Die angefochtene Entscheidung erlaubt dem Senat als Gericht der weiteren sofortigen Beschwerde keine Überprüfung, ob das Landgericht die sofortige Beschwerde zu Recht als unzulässig verworfen hat. Auch die hier vorliegenden Akten erlauben eine derartige Überprüfung nicht.

Das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde ist nach § 22 Abs. 1 FGG binnen einer Frist von zwei Wochen beginnend ab dem Zeitpunkt einzulegen, zu dem die Entscheidung dem Beschwerdeführer bekannt gemacht worden ist. Nach §§ 11 Abs. 2, 6 Abs. 2 FreihEntzG ist auch eine Entscheidung über die einstweilige Anordnung einer Freiheitsentziehung bekannt zu machen. Dies wird durch das Anordnen von deren sofortiger Wirksamkeit nach § 8 Abs. 2 FreihEntzG nicht entbehrlich. Die Form der Bekanntmachung bestimmt sich im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach Maßgabe von § 16 Abs. 2 (Zustellung unter Abwesenden) oder § 16 Abs. 3 FGG (Verkündung unter Anwesenden). In entsprechender Anwendung von § 189 ZPO (vgl. hierzu Keidel/Kuntze/Winkler, 15. Aufl., § 16 Rn. 63 ff.) können etwaige Mängel einer beabsichtigten Zustellung durch einen tatsächlichen Zugang der Entscheidung geheilt werden. Andererseits kann auch eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand grundsätzlich in Erwägung zu ziehen sein.

Zu alledem verhält sich der Beschluss vom 14. November 2005 indessen nicht. Das Landgericht beschränkt sich vielmehr auf die Feststellung, der Betroffene sei am 19. Juli 2005 aufgrund des angefochtenen Beschlusses inhaftiert worden, die sofortige Beschwerde sei aber erst am 4. November 2005 bei Gericht eingegangen. Feststellungen, ob, wann und in welcher Form eine Bekanntmachung des Beschlusses vom 14. Juli 2005 dem Betroffenen gegenüber erfolgt ist, enthält die angefochtene Entscheidung nicht. Insbesondere aber fehlen Feststellungen, die dem Senat eine rechtliche Überprüfung hinsichtlich des Beginns der Rechtsmittelfrist ermöglichen. Auch aus den Akten geht Entsprechendes nicht hervor. Nur vorsorglich weist der Senat darauf hin, dass allein der in dem vom Betroffenen vorgelegten Festnahmeprotokoll vom 18. Juli 2005 (Bl. 40 d.A.) enthaltene Hinweis, „der Grund der Freiheitsent-

ziehung“ sei dem Betroffenen „mitgeteilt“ worden, in dieser Form nicht geeignet sein dürfte, eine Bekanntmachung im Sinne von § 16 Abs. 2 FGG nachzuweisen. Auch die in den Akten enthaltene Verfügung vom 14. Juli 2005 (Bl. 15 d.A.), ausweislich derer „Beschlussausfertigungen zur Abholung beim Amtsgericht bereit liegen“, erlaubt für sich genommen keine Überprüfung des Ingangsetzens der Rechtsmittelfrist. Entsprechendes gilt für das in der anliegenden Beiakte (Az.: 44 IXV 182/05 AG Hannover) vorliegende Protokoll der richterlichen Anhörung vom 19. Juli 2005.

Nach alledem bedarf es weiterer Aufklärung.

Dr. Siolek

van Hove

Dr. Gittermann